KURSWECHSEL FÜR EIN
GUTES LEBEN

metallnachrichten

Bezirk
Baden-Württemberg

» Eine Information für die Beschäftigten in Baden-Württemberg | www.bw.igm.de | Nr. 4 / 19. Juli 2011

Jugendaktionstag
1. Oktober 2011 in Köln
Seite 1

Euro-Krise
Die Folgen für Deutschland
Seite 2

Große Tarifkommission will Regelungen zu unbefristeter Übernahme, Leiharbeit und Werkverträgen

Arbeit - sicher und fair

Die Beschäftigten sollen besser vom Aufschwung profitieren. Dieses Ziel hat sich die IG Metall in Baden-Württemberg auf die Fahnen geschrieben. Dabei geht es um sichere und faire Arbeit und Perspektiven für die junge Generation. Der Beschluss, in Gespräche mit dem Arbeitgeberverband Südwestmetall zu gehen, war einstimmig.

Im Blick hat die IG Metall die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung und Regelungen zu Leiharbeit und Werkverträgen. Zudem soll die interne Flexibilität durch eine Fortführung der Regelungen des Tarifvertrages »Kurzarbeit, Qualifizierung und Beschäftigung« (KQB) gestärkt werden.

Bezirksleiter Jörg Hofmann: »Der anhaltende Aufschwung kommt längst nicht bei allen an. Während sich Konzerne ihre Bilanzen vergolden, nehmen gesellschaftliche Ungleichheiten zu. Das akzeptieren wir nicht.« In dieser Situation sei es Aufgabe der IG Metall, mehr Verteilungsgerechtigkeit und bessere Chancen auf Teilhabe über die Tarifpolitik durchzusetzen. Deshalb sollten jetzt unmittelbar die Gespräche mit Südwestmetall beginnen, forderte Hofmann: »Wir richten uns auf eine offensive Entgelttarifrunde im Frühjahr 2012 ein. Aber es geht uns eben auch um bessere Chancen für die Jugend und mehr sichere Jobs.«

Ergebnisse sollen möglichst im Vorfeld der Entgeltrunde gefunden werden. Die bestehenden Tarifverträge werden zunächst nicht gekündigt. »Wenn man sich ernsthaft um eine Lösung bemüht und nicht einmauert, lässt sich bis Ende November ein Ergebnis finden«, so Hofmann. Im September wird das Gremium über den Stand der Dinge beraten.

Die Resolution: www.bw.igm.de

Jugendaktionstag am 1. Oktober

Parallel dazu wollen IG Metall und Betriebsräte in den Betrieben mehr und bessere betriebliche Regelungen zu Übernahme, Leiharbeit und Werkverträgen erreichen. Lösungsvorschläge für die Jugend werden mit dem **Jugendaktionstag am 1.Oktober in Köln** weiter in die Betriebe und in die Öffentlichkeit getragen.

Infos: www.operationuebernahme.de

Die Reaktion

Arbeitgeber-Boss Dr. Rainer Dulger

Dem Gesprächswunsch zu einzelnen Themen werde sich Südwestmetall natürlich nicht verschließen, so die erste Reaktion der Arbeitgeber auf die Beschlüsse der Tarifkommission. Doch bevor das erste Wort gewechselt ist, werden Hürden aufgebaut: »Einschränkungen bei der Zeitarbeit oder unbefristete Übernahmeverpflichtungen für Auszubildende sind der falsche Weg«, lässt sich Südwestmetallchef Rainer Dulger in einer Pressemitteilung des Verbandes zitieren. Außerdem spricht der Arbeitgeberchef den Tarifparteien die Verantwortung für Werkverträge ab. Diese liege bei den Unternehmen. »Deshalb sind die Tarifpartner dafür nicht zuständig.«

Kurz gesagt: Alles soll im Wesentlichen so bleiben, wie es ist. Besser wäre, Südwestmetall würde Vorschläge einbringen, die die Interessen der Beschäftigten nach fairer und sicherer Beschäftigung aufnehmen. Auch Arbeitgebern ist klar, dass sie die Beschäftigten nicht vom Aufschwung ausschließen können. Das gilt auch für mehr Sicherheit im Job. In diesem Sinne sollten die kommenden Monate genutzt werden, um Lösungen zu finden.

Die Euro-Krise und ihre Folgen für Deutschland

Wenn der Euro zerbricht …

„Sollen die Griechen doch ihre Probleme allein lösen“, so die Deutung der Stammtische zur Euro-Krise. Längst schwappen die Wogen zu uns.

Mit Wonne befeuert die Bild-Zeitung in fetten Schlagzeilen die Meinung der Euro-Skeptiker und verunglimpft die Bevölkerungen ganzer Länder als faul und unfähig. Doch wer so argumentiert, übersieht einige Fakten. Fest steht: Ohne europäische Solidarität steuert Griechenland in kurzer Zeit auf einen Staatsbankrott zu. Dieser würde andere Länder mit in den Abgrund reißen und das Ende der Gemeinschaftswährung einläuten. „Na und?“, rauscht es aus den Boulevardblättern und schallt es rund um die Stammtische.

Euro-Ende würde 200.000 Arbeitsplätze bedrohen

Ein Ende des Euro würde an Deutschland nicht spurlos vorüberziehen. Es hätte weitreichende Konsequenzen. Praktisch über Nacht würde der „Resteuro“ dramatisch an Wert gewinnen. Die Metall- und Elektroindustrie, in der jeder zweite Arbeitsplatz vom Export abhängig ist, wäre in besonderem Maße betroffen. Der durch die Aufwertung verursachte Verlust an Wettbewerbsfähigkeit würde allein in Baden-Württemberg 200.000 Arbeitsplätze in der Branche bedrohen. Hinzu kämen Kosten in Milliardenhöhe durch Kreditausfälle, für die über verstaatlichte Banken auch der deutsche Steuerzahler haftet. Außerdem unkalkulierbare Risiken für das Bankensystem, welches dann womöglich erneut mit Steuergeldern gestützt werden müsste.

Mit anderen Worten: Wir zahlen auch dann für die Krise, wenn Deutschland sich nicht direkt an der Rettung des Euro und der Stabilisierung der Krisenländer beteiligt. Mit dem Unterschied, dass die Lasten noch ungleicher verteilt und die Risiken weitaus größer wären.

Die Euro-Krise kann überwunden werden

Das heißt ausdrücklich nicht: Weiter wie bisher. Anstelle von Übergangslösungen, populistischen Maßhalteappellen und Sparorgien bei den kleinen Leuten, muss ein Weg beschritten werden, der z.B.

- die Zinslasten der Defizitländer durch gemeinsame Euroanleihen auf ein niedriges Durchschnittsniveau senkt und die Schuldenspirale stoppt
- ausreichend Zeit gewährt, um in den Krisenländern notwendige Strukturreformen – von der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur bis hin zu einer ertragreicheren und gerechteren Ausgestaltung des Steuersystems – umzusetzen
- die Finanzmärkte und private Gläubiger durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine Bankenabgabe in die Pflicht nimmt.

Rating Agenturen

Eine besonders ungute Rolle spielen bei den aktuellen Entwicklungen die Rating Agenturen. Sie entscheiden als private Einrichtungen und ohne Auflagen und Aufsicht durch staatliche Institutionen über Wohl und Wehe ganzer Nationen. Senken die Agenturen in der Bewertung der Kreditwürdigkeit ihren Daumen, rutscht dadurch ein Staat wie Griechenland schnell auf Ramschstatus ab.
Dieser Einfluss muss dringend reguliert und beschnitten werden.

Stimmen aus der Tarifkommission vom 14. Juli 2011

Hannes Hofmann, *Hirschmann, Verwaltungsstelle (VS) Esslingen:*
»Es ist klar, was die IG Metall-Jugend will: die unbefristete Übernahme im Tarifvertrag! Wir sind bereit, dafür zu kämpfen!«

Siegfried Hubele, *Huber Packaging, VS Schwäbisch Hall:*
»Leiharbeit spaltet die Belegschaft, trägt zur Verarmung bei und sorgt für Unfrieden. Deshalb ist Leiharbeit politisch und moralisch nicht akzeptabel.«

Wolfgang Nieke, *Mercedes-Benz Untertürkheim, VS Stuttgart:*
»Im ersten Quartal haben wir schon hundert Leiharbeiter fest übernommen. Ich bin ganz sicher, dass wir in der Tarifrunde viel Unterstützung für unsere Themen bekommen werden.«

Jörg Spies, *Daimler-Zentrale, VS Stuttgart:*
»Wir haben derzeit rund 1400 werkvertragliche Arbeitsverhältnisse in hochqualifizierten Bereichen. Ein Ingenieur mit Werkvertrag verdient im Jahr 20 000 Euro weniger als ein Festangestellter. Es ist an der Zeit, dass wir hier endlich Transparenz und Regelungen bekommen.«

Alexander Reinhart, *Audi, VS Heilbronn-Neckarsulm:*
»Wir haben keine Alternative, als jetzt kurzfristig die Themen Übernahme und Leiharbeit aufzugreifen und Regelungen zu finden, möglicherweise auch im Zusammenhang mit der Entgeltrunde. Wenn wir das nicht tun, sind wir langfristig auf dem Weg in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.«

Impressum: IG Metall Bezirksleitung Baden-Württemberg, Stuttgarter Straße 23, 70469 Stuttgart, Verantwortlich: Jörg Hofmann,
Telefon (0711) 16581-0, Fax (0711) 16581-30, Fotos: Graffiti; E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de, Internet: www.bw.igm.de; Druck: apm in Darmstadt